Nummer 151

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 71. Jahrgang. Mittwoch, 31. März 1926

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse und viele tabellarische Übersichten. Der deutsche Beamte. Reise- und Bäder-Beilage sowie tägliche Roman-Beilage

Für Manuskripte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung

Verantwortl. Leiter Handelsteil: M. Funk Berlin. Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich. Berlin. Kunst, Wissenschaft und Lokales: S. Köppen. Berlin-Friedenau. Inseratenteil: H. Langewand. Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag. Gef. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

— — — — — — Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten — — — — — —

Unverlangt eingeschickte Manuskripte werden nicht berücksichtigt

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,— Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5,— Rmk. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint an der Woche zwölfmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im I. Quartal 1926 für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 200 französische Francs, Belgien 175 belgische Francs, Schweiz 40 schweizerische Francs, Holland 18 holländische Gulden, Dänemark 30 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen Norwegen 40 norwegische Kronen, England 36 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos Serbien 500 Dinar; für den Monat März 1926 nach Oesterreich, Ungarn, Polen 10,— Rmk., Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 100 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

Aus dem Wetterwinkel am Balkan.

(Von unserem Korrespondenten.)

Wie gestern bereits von uns berichtet worden ist, sind die Versuche, zwischen den Balkanstaaten unter Mitwirkung Italiens und Frankreichs eine Verständigung nach Art der Locarnopolitik herbeizuführen, gescheitert. Ueber eine der wichtigsten Fragen, die dabei mitspielen, gibt der nachstehende Brief eine gute, wenn auch zum Teil einseitige Aufklärung.

Athen, 26. März.

Da Pangalos selbst als Diktator unabkömmlich ist, hat er seinen Außenminister Rufos und den Verkehrsminister Tsouderos nach Rom entsandt, um die von ihm erstrebte Annäherung an Italien zu fördern. Die beiden Minister waren begleitet von ihren Generalsekretären Mamonas und Christu sowie vom Direktor der Zeitung „Eleutheros Typos", Mekaretlis.

Rufos hat mehrere Unterredungen mit Mussolini und Contarini gehabt, in denen nach dem hier veröffentlichten Communiqué die Uebereinstimmung der beiderseitigen Standpunkte festgestellt wurde. Ueber die griechisch-serbischen Beziehungen wurde gleichfalls eine übereinstimmende Ansicht festgestellt, im Sinne eines freundschaftlichen Einvernehmens zwischen Griechenland und Südslawien zwecks Lösung der schwebenden Fragen, unter Wahrung jedoch der griechischen Souveränität.

Es wird betont, daß Rufos' Besuch in Rom nicht den Zweden von Nincic' Besuch entgegensieht, sondern diesen vielmehr ergänzt; ferner, daß das aufrichtige Einvernehmen Griechenlands und Italiens beide Staaten in ihren Beziehungen zu dritten Mächten nicht bindet.

Man hat hier mit einem gewissen Behagen wahrgenommen, daß die Pariser Presse mit Mißvergnügen die Reise Rufos' nach Rom verfolgt hat, in der Befürchtung, daß Italien einen Einfluß zu haben glaubt. „Temps", „Quotidien" und „Avenir" kritisieren die Zusagen Mussolinis. Mussolini wolle einen europäischen Block herstellen, der ihm gleichgiltig gegen den Germanismus und als Stütze für die italienische Expansion im Orient dienen solle.

Die griechische Presse ironisiert diese französische Unruhe. Sie gibt zu, daß der griechisch-serbische Konflikt in Rom erörtert worden ist, ebenso wie in Paris zwischen Nincic und Briand. Gesetzt den Fall, daß es Italien gelänge, eine Lösung zu finden, wie könne Frankreich darüber verstimmt sein? Höchstens könne Frankreich über Belgrad klagen, weil dieses sich dann den Anregungen aus Rom zugänglicher erwiesen haben würde, als denen aus Paris. Denn es sei klar, daß der Streit nur beendigt werden könne durch einen Verzicht Belgrads auf seine übermäßigen Ansprüche. Wenn Südslawien diese Ansprüche tatsächlich durchsetze, so halte es Griechenland unter seinem Daumen trotz aller schönen Deklamationen über status quo und Locarnogeist. Man solle sich einmal vorstellen, daß die frühere habsburgische Doppelmonarchie je solche Ansprüche an Serbien gestellt hätte wie jetzt Jugoslawien an Griechenland. Habe je Deutschland von Frankreich und Belgien verlangt, daß ihm in Havre und Antwerpen ähnliche Rechte gewährt würden wie Südslawien sie jetzt in Saloniki fordert?

Was Griechenlands Verhalten gegen Italien anlangt, so erinnert man hier daran, daß die Wolken nie vom klaren hellenischen Horizont ausgegangen seien. Immer habe Griechenland weit seine Arme den politischen Flüchtlingen Italiens geöffnet, die die Abwerfung des österreichischen Jochs und die nationale Einheit erstrebt hätten. Die Italiener, die so erbittert um Triest und Trento gekämpft hätten, könnten es auch Griechenland nicht verargen, wenn es seine Rechte in der Aegäis mutig vertrete.

Den Streit um den Besitz des Dodekanes hat man bei den Verhandlungen in Rom sorgfältig umgangen. Die hiesige Presse aber hält den Italienern sehr heftig ihr Sündenregister vor.

Das Programm des sogenannten impianto della sovranita italiana — Hafenbauten auf Rhodos, Straßenbauten in Rhodos und Cos, Errichtung eines großen Hotels in Rhodos, Gründung von technischen und Regierungsschulen mit ausschließlich italienischer Unterrichtssprache, Zwangsunterricht italienischen in den griechischen Schulen, Unterstellung der griechischen Schulen unter die italienischen Behörden, Ansiedlung italienischer Kolonisten und Schwarmfischer — dieses Programm kennzeichnen die Griechen als Zwangsitalisierung der griechischen Bevölkerung. Die Inseln zerfallen in drei Gruppen: das reiche und produktive Rhodos und Cos, das für Flottenzwecke sehr geeignete Leros und die übrigen sehr armen Inseln. Nach Rhodos werden italienische Kolonisten, nach den kleinen Inseln fizilische Schwammfischer importiert, die den griechischen Schwammfischern ihren kärglichen Erwerb nehmen und sie zur Auswanderung zwingen sollen. Tatsächlich hat sich die Bevölkerung schon um die Hälfte vermindert. Was die griechischen Schulen anlangt, so sind sie bisher noch nicht geschlossen worden; sie werden nur „kontrolliert" in der Richtung, ob der italienische Unterricht dort „wirksam" erteilt und ob keine „Politik" getrieben wird. Unter „Politik" versteht man z. B. die Aufführung eines Films, der den Trojanischen Krieg darstellt, weil er auch die Zerstörung Trojas bringt. Denn Aeneas, der Ahnherr Roms, war ein Trojaner. Sein Mißgeschick war also beleidigend für Italien.

Die materielle und nationale Schädigung der Bewohner des Dodekanes und die Beeinträchtigung ihrer Freiheit rechtfertigt sicherlich die scharfe Sprache des von ihnen kürzlich beim Völkerbunde erhobenen Protestes gegen das Verhalten Italiens im Dodekanes, das ebenso brutal und tadelnswert ist wie die Behandlung der Deutschen in Südtirol.

Indessen wie gesagt, offiziell ist diese Angelegenheit in Rom jetzt nicht zur Sprache gebracht worden. Dagegen hat man die albanische Frage erörtert. Beide Minister sollen die Notwendigkeit einer völligen Unabhängigkeit dieses Staates anerkannt haben. Bezüglich des Balkans sind beide Regierungen für die Aufrechterhaltung des Status quo. Der vom griechischen Außenminister Rendis vorgeschlagene und von England eifrig geförderte Balkanpakt ist bekanntlich am Widerstand Südslawiens gescheitert, das zuvor seine „schwebenden Fragen" mit Griechenland bereinigen will, nämlich die Gewinnung der Eisenbahn Gewgeli—Saloniki und den „Schutz" der südslawischen Minderheit in Griechenland.

Nach der sprechenden Statistik der letzten Ein- und Auswanderungen wird aber die Bevölkerung in Magedonien und Thrazien wie folgt geschätzt:

1.	Griechen	1 456 000
2.	Fremde und Fremdsprachige	294 000
		1 750 000

Die Fremdsprachigen gliedern sich wie folgt:

1.	Slawischsprechende	100 000
2.	Mohammedaner (in Thrazien)	93 000
3.	Israeliten	70 000
4.	Armenische Flüchtlinge	16 000
5.	Rumänen	6 000
6.	Albaner, russische Flüchtlinge, Tscherkessen u. a.	9 000
		294 000

Die Slawophonen werden von den Serben bekanntlich als Serben in Anspruch genommen, während die Bulgaren, Griechen und auch die Türken (solange sie in Magedonien herrschten) sie als Bulgaren bezeichnen. Ihre Anzahl beträgt nach der griechischen, natürlich zu politischen Zwecken aufgemachten und deshalb einseitigen Statistik, nur 1/10 der Gesamtbevölkerung und die Griechen betonen, daß die Belgrader Presse ihre Leser wissentlich irreführte, wenn sie von 250 000 oder gar 500 000 spräche, ganz abgesehen davon, daß es Bulgaren seien, wie schon daraus hervorgehe, daß sie, wenn sie auswanderten, sich nach Bulgarien und nicht nach Südslawien wendeten. Der Streit um die nationale Zugehörigkeit der magedonischen Bevölkerung hat schon viel Blut gekostet und wird wohl auch in Zukunft noch manches Menschenopfer fordern.

Der Ring um Deutschland schließt sich.

Ergänzung der französischen Garantien durch die neue polnisch-rumänische Allianz.

OE **Warschau**, 30. März.

Die Ausführungen des offiziösen „Kowa Kurjer Polski" ermöglichen gewisse Rückschlüsse auf den Inhalt des (bereits im gestrigen Abendblatt gemeldeten) neuen polnisch-rumänischen Vertrages, der am 26. März in Bukarest unterzeichnet worden ist. Der Vertrag, der im Gegensatz zu dem erloschenen „Bündnisvertrag" von 1921 den Namen „Garantievertrag" trägt, wird unter fast wörtlicher Wiederholung des Art. 10 der Völkerbunds-Satzung durch die gegenseitige Zusicherung der territorialen Garantie eröffnet. Die Verpflichtung zur „unverzüglichen Hilfe- und Beistandsleistung" bei einem unprovozierten Angriff von seiten eines außerhalb des Völkerbundes stehenden Staates wird in engster Anlehnung an den Art. 17 der Völkerbundssatzung geregelt. Danach könnte der casus foederis nur gegeben sein, wenn der Angreifer den Krieg begonnen hat, ohne der an ihn ergangenen Aufforderung, die Streitigkeit vor den Völkerbundsrat zu bringen, Folge geleistet zu haben. In dieser Einschränkung der Bündnispflicht wird eine Abschwächung des gegen Rußland gerichteten Charakters des Bündnisses erblickt. Im übrigen bedeutet der neue Vertrag eine Erweiterung der Bündnispflichten Polens und Rumäniens, die bisher nur der Verteidigung ihrer Ostgrenzen galten, auf sämtliche Fälle, in denen einer der beiden Staaten von einem dritten Staat angegriffen wird. **Für Polen wird somit die rumänische Allianz nunmehr zu einer Ergänzung der französischen Garantie, die ihm für seine Grenze gegen Deutschland gegeben worden ist. Geht der Angriff von einem Mitgliedstaate des Völkerbundes aus, so ist die militärische Hilfeleistung, ähnlich wie im polnisch-französischen Garantievertrage von Locarno, an die Voraussetzung geknüpft, daß der Angreifer die Bestimmungen über die Schiedsgerichtsbarkeit und das Aussöhnungsverfahren des Völkerbundes verletzt oder einen Konflikt zum kriegerischen Austrag bringt, in dem ein einstimmiger Beschluß des Rates nicht zu erzielen war.**

Dieses Bild von dem neuen polnisch-rumänischen Bündnis, das sich aus den Andeutungen des „Kowa Kurjer Polski" ergibt, erfährt seine Vervollständigung durch die Vertragsbestimmung, die den Abschluß eines besonderen „technischen Abkommens" vorsieht mit dem Zweck, die Ausführung der militärischen Verpflichtungen der beiden Bundesgenossen im einzelnen sicherzustellen.

OE **Moskau**, 29. März.

Das rumänisch-polnische Bündnis wird von der Sowjetpresse bisher zwar als gegen den Sowjetbund gerichtet, aber als nicht allzu kraftvoll und gefährlich angesehen. Der „Kommunist", das größte Sowjetorgan der Ukraine, wo man schon der nahen Nachbarschaft wegen den polnischen und rumänischen Angelegenheiten ganz besondere Aufmerksamkeit zuwendet, bemerkt zu diesem Thema: in Rumänien feiere man das Bündnis mit Polen als große Errungenschaft, ja in der offiziösen Presse sogar als „Axiom der rumänischen Außenpolitik", aber einen ungu verlässigeren Bundesgenossen als Polen hätten die Bukarester Staatslenker kaum finden können. Soeben erst hätten die Polen Frankreich ihre Falschheit fühlen lassen, denn ihr „Pan Stresymski" übe sich jetzt nur noch in Verbeugungen vor England. Für einen Ratssitz im Völkerbunde würde Polen den rumänischen Bundesgenossen sofort verraten.

Das neue rumänische Kabinett Avarescu.

Bukarest, 30. März.

Das neue Kabinett besteht aus Ministerpräsident Avarescu, Minister des Innern Goga, Minister des Aeußeren Mitilineu, Finanzminister Lepadatu, Kriegsminister General Marcescu, Minister für Handel und Gewerbe Coanda, Verkehrsminister General Valeanu, Minister für öffentliche Arbeiten Petrovici, Justizminister Crdalbu, Unterrichtsminister Negulescu, Kultusminister Goldis, Ackerbauminister Garofid, Arbeitsminister Trancu-Jasch, Minister für Volksgesundheit Lupas, Minister für Bessarabien Pitas, Minister für die Bukowina Dori Popovici, Minister für Siebenbürgen Groza. Die Minister haben heute mittag den Eid geleistet.

EP **Wien**, 30. März.

Die „Neue Freie Presse" meldet aus Bukarest: Die Betrauung des Generals Avarescu mit der Bildung eines Kabinetts der Volkspartei bedeutet eine große Ueberraschung. Bis heute früh rechnete man mit einem Koalitionskabinett der nationalen Partei und der Bauernpartei. Die Verhandlungen dieser beiden Parteien haben sich jedoch zerschlagen, worauf der König den General Avarescu berief, der das besondere Vertrauen der Krone genießt. Die liberale Partei hat dem Kabinett Avarescu seine Unterstützung zugesagt, was den König ebenfalls bestimmt haben dürfte, die Kabinettsbildung Avarescu zu übertragen.

Deutschlands Teilnahme an den Beratungen der Verfassungskommission.

„Teilweiser Verzicht auf den in Genf vertretenen deutschen Standpunkt."

TU **London**, 30. März.

Die Frage, ob sich Deutschland an der Verfassungskommission des Völkerbundes beteiligen wird, wird in politischen Kreisen Londons lebhaft besprochen. Man ist sich auch in maßgebenden Kreisen darüber klar, **daß die Teilnahme Deutschlands einen teilweisen Verzicht auf den in Genf vertretenen deutschen Standpunkt in sich bergen würde.** Demgegenüber wird betont, daß Deutschland in dieser Kommission genau die gleichen Rechte wie ein Mitglied des Völkerbundsrates besitzen würde. Zudem würde sich der Ausschuß nur mit grundsätzlichen Dingen beschäftigen, wie z. B. der Frage, ob der Rat nur einstimmige oder Mehrheitsentscheidungen fällen könne oder ob nur Großmächte für die ständige Ratsmitgliedschaft in Frage kämen und dergleichen. In diplomatischen Kreisen hält man es für wesentlich, daß Deutschland endlich in das europäische Geschäft hineinkommt, und betrachtet den Streit um Prinzipien als fehlerhaft. Die Bestrebungen Mussolinis werden in London neuerdings sehr skeptisch beurteilt. Auf alle Fälle **wünsche man in London eine Förderung der Pläne Italiens zu vermeiden.** Man ist der Ansicht, daß das faszistische Italien und die nationalistischen Balkanstaaten die politischen Kinderkrankheiten noch nicht überwunden haben.

Pariser Kriegsrat wegen Marokko.

Es bleibt bei dem französischen Friedensdiktat.

EP **Paris**, 30. März.

Heute vormittag fand im Außenministerium eine Besprechung zwischen dem zur Zeit in Paris weilenden Generalresidenten von Marokko, Steeg, und dem Ministerpräsidenten Briand, dem Kriegsminister Painleve, dem Marschall Petain und dessen Generalstabschef statt. Wie der „Temps" darüber berichtet, wurde die militärische Lage in Marokko und die Möglichkeit der Eröffnung von Friedensverhandlungen geprüft. Man sei zu der Ansicht gelangt, daß der Abbruch der Feindseligkeiten von Abd el Krim abhänge (!), da ihm die zwischen Frankreich und Spanien vereinbarten Friedensbedingungen zur Kenntnis gebracht worden seien.

Wirtschaft und Außenpolitik.

Von

Dr. jur. et phil. **Lenz**,

Prof. der Staatswissenschaften.

Zu den Eigentümlichkeiten der deutschen Nachkriegszeit gehört das Vorwalten der Wirtschaft. Zwar wecken Steuersozialismus, Sozialisierungsversuche, Tarifzwang und Verstaatlichung zunächst den Anschein, als ob unsere private Wirtschaftsführung eher einer Beschlagnahme durch den Staat erliege! Die Wirtschaft wehrt sich gegen den Bürgergriff des Staates. Die Freiheit des Einzelnen ist im „Volksstaat" tatsächlich stärker gesichert als im liberalen „Rechtsstaat", weil die Minister der Finanzen, der Wirtschaft und der Arbeit bei ihren Zugriffen vom Vertrauen der Parlamente, diese wiederum von ihren Wählern sich getragen fühlen dürfen. Andererseits zeigen jene kostspieligen Eingriffe, welche Reich, Länder und Gemeinden weiterfressend in die Verteilung der Vermögen, in die Unternehmerfreiheit und in das Arbeitsverhältnis wagen, deutlich, wie hoch die Wertschätzung der Wirtschaft bei den Trägern staatlicher Willensbildung gestiegen ist. Daß unsere indirekten Hauptsteuern, daß Reichsbank und Reichsbahn seit dem Londoner Abkommen von 1924 der Hoheit fremder Staaten unterstehen, bestätigt nur das Gesagte. Gleich der Wirtschaftsfreiheit ist überdies das Erziehungsrecht des Staatsbürgers sichtlich gefährdeter als im alten „Obrigkeitsstaat". So daß eigentlich nur die Gebiete der Wehrmacht und des Schutzes kolonialer Tätigkeit im Ausland einen seit Versailles verringerten Aufwand staatlichen Bemühens zeigen.

Nun fehlt es nicht an Gegenkräften aus dem Volke selbst. Während das Bildungsmonopol des Staats allmählich einen allgemeinen Widerstand — auch außerhalb der katholischen Hierarchie — heraufzubeschwören droht, hat die Abwehr gegen den modernen Steuer-, Wirtschafts- und Sozialstaat bereits kräftig eingesetzt. Man kann freilich kaum sagen, daß der Wunsch, den Fiskus und die allgemeinen Verwaltungsaufgaben einzuschränken, aus reiner Sorge um den Staat entspringe. Vielmehr sind jene fünf Spitzenverbände des Handels, der Banken und des Gewerbes, die gelegentlich für „die Wirtschaft" sprechen, Sachwalter ihrer Auftraggeber. Daß nicht der Staat die Wirtschaft, sondern diese den Staat trage, hat Reichskanzler Dr. Luther ausdrücklich zustimmend erklärt. Abbau der Staatsaufgaben wie der Staatsausgaben ist daher augenblicklich Trumpf. Nicht zugunsten einer berufsständig-parität isch verfaßter, sondern zugunsten einer Volkswirtschaft, in der private Entschlußfreiheit und Selbstverantwortlichkeit den Ausschlag geben sollen.

Dies Ideal einer freien Erwerbswirtschaft ist weder neu, noch an sich irgendwie verwerflich. Im Gegenteil! Mit dem Warnruf, nicht jenes beliebte alte Huhn zu schlachten, das fleißig goldene Eier lege, rechtfertigt man ein solches Unbehagen freilich nur für bescheidene Gemüter. Ausschlaggebend wird m. E. allein das Verhältnis, das diese „Wirtschaft" zur außenpolitischen Selbstbehauptung ihres Staats gewinnt.

Hier scheint nun den ökonomischen Gründen, Mitteln und Zielen für die Verwaltung der äußeren Angelegenheiten ein geradezu entscheidender Einfluß eingeräumt zu werden. Walther Rathenaus Fehlwort: „Die Wirtschaft ist das Schicksal!" begegnet freilich wachsender Kritik. Waren aber Reichskanzler von Bethmann, Großadmiral von Tirpitz und die Reichstagsmehrheit nicht 1914 völlig einig, daß der Krieg aus Handelseifersucht entstanden sei? Gelten Wirtschaftskrieg und Blockade nicht für die Vernichter unserer Widerstandskraft wie unserer Weltmacht? Wird der Wahnsinn moderner Kriege nicht aus der Zerrüttung, die Sieger wie Besiegte treffe, — wird der Segen pan-europäischer Zusammenschlüsse nicht aus dem wirtschaftlichen Verfall des Erdteils hergeleitet? Klagen wir der Welt nicht unsere finanzielle Ein-

STEINWAY & SONS

Flügel- und Pianino-Fabriken

Hamburg · St. Pauli. Altona · Bahrenfeld.

Flügel: M. 3800 • Pianino: M. 2200

Selbstspielend:

STEINWAY-WELTE-Reproduktionsinstrumente.

Unverbindl. Vorführung im Verkaufsmagazin:

Friedrich Ebertstr. 6